

ist die Bereitschaft, für einen Job zu pendeln oder umzuziehen, nicht höher als unter den Befragten, die gegenwärtig in einem Beschäftigungsverhältnis stehen. Anders sieht es in der EU10 aus: Von den arbeitslosen Männern aus dieser Region ist ca. jeder zweite bereit, für einen Job umzuziehen (zum Vergleich: Von den Arbeitslosen in der EU15 ist es ein Drittel).

Zu den gegenwärtigen Pendlerstrukturen: In der EU10 gibt es deutlich mehr Pendler als in der EU15, 64% zu 38%. Den höchsten Anteil in den neuen Mitgliedsländern stellt Slowenien mit 83% Pendlern, gefolgt von Polen (80%). In den kleineren Staaten Estland und Litauen sind die Pendleranteile mit 21% bzw. 24% unterdurchschnittlich. In den EU15-Ländern weist Irland den höchsten Pendleranteil auf (76%), in Belgien pendeln 59% und in Portugal, Dänemark und Spanien auch noch mehr als die Hälfte der Befragten. Sehr gering ist der Anteil hingegen in Finnland (22%) und in Italien (16%). Der Anteil der Pendler nimmt mit steigendem Lebensalter ab. Unter den Männern ist der Anteil von Pendlern höher als unter Frauen.

Fazit

Unmittelbar nach der EU-Erweiterung vermittelt die Befragung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern aus den nunmehr 25 Mitgliedsstaaten folgendes Bild: Die sogenannte „Normalarbeitszeit“, also eine Beschäftigung von 35 bis 40 Stun-

den, verteilt auf eine Fünftagewoche, ist für die Mehrheit der Befragten sowohl in den alten als auch in den neuen Ländern die Regel. Die Teilzeitbeschäftigung ist nach wie vor eine Domäne der (westeuropäischen) Frauen. Überstunden gehören für viele Beschäftigte zum Alltag. Ein Potential für Arbeitszeitflexibilisierung ist gegeben, aber die Befragten akzeptieren längst nicht alle Formen in gleichem Umfang. Am liebsten würden sie den unterschiedlichen Arbeitszeitanforderungen durch die Verlängerung oder Verkürzung des normalen Arbeitstages gerecht werden. Schichtarbeit, Nachtschicht und Wochenendarbeit finden weniger Zustimmung. Das gleiche gilt für ein Zeitregime, das die Arbeitszeiten an das anfallende Arbeitspensum koppelt. Mit der Höhe der Wochenstundenzahl sind die meisten Befragten zufrieden. Ein Teil der Befragten wünscht sich durchaus, seine Arbeitsstundenzahl bei gleichbleibendem Stundenlohn zu reduzieren. Wenn es aber um die Entscheidung „mehr Freizeit oder mehr Geld“ geht, ist das Votum für höheren Lohn bei gleichbleibender Stundenzahl eindeutig. Ganz besonders trifft dies auf die neuen Mitgliedsländer der EU zu. Hier wird derzeit länger gearbeitet, und die Arbeitnehmer sind auch in stärkerem Maße bereit, für den Job räumlich und zeitlich flexibel zu sein, was sich u. a. in höheren Pendleranteilen niederschlägt.

Cornelia.Lang@iwH-halle.de

VGR – Revision attestiert den neuen Bundesländern stärkeres Wachstum der Produktion

Nach dem Statistischen Bundesamt haben inzwischen auch die Landesämter ihre Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 2005 vorgelegt. Rückwirkend wurden alle Datenreihen für das Bruttoinlandsprodukt und seine Komponenten bis 1991 überarbeitet. Solche Revisionen¹⁷ sind üblich, wenn die Konzepte zur Berechnung der ge-

samtwirtschaftlichen Produktion geändert werden, neue Datenquellen zur Verfügung stehen und Verbesserungen methodischer Art möglich sind. Das Interesse an solchen Aktivitäten beschränkt sich in der Regel auf einen kleinen Kreis von Fachleuten und versickert in der Öffentlichkeit angesichts der ständig steigenden Informationsflut.

Diesmal war das anders. Die Veröffentlichung der revidierten Angaben für Deutschland durch das Statistische Bundesamt Ende April des vergangenen Jahres fand ein breites Echo. Zeigten sie doch,

¹⁷ Die vorangegangene große Revision gab es im Jahr 1999, als das Statistische Bundesamt auf das Europäische System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) von 1995 übergang.

daß das Bruttoinlandsprodukt, die zentrale Meßgröße der gesamtwirtschaftlichen Produktion an Waren und Dienstleistungen, in Deutschland um 1,4 bis 2,6% über dem bis dato bekannten Niveau lag. Das entsprach 30 bis 47 Milliarden Euro an zusätzlicher Produktion im Jahresdurchschnitt. Bedeutsamer als die Anhebung des nominalen Niveaus erwies sich jedoch die neuartige Messung der realen Größe des Bruttoinlandsprodukts. Die bisher übliche Darstellung in Preisen eines Basisjahres, zuletzt von 1995, wurde abgelöst von der Messung in Preisen des Vorjahres. Hier lag die jahresdurchschnittliche Zuwachsrate des realen Bruttoinlandsprodukts nach der Revision um 0,2 Prozentpunkte über der bisherigen.¹⁸

Wer eine proportionale Übertragung der geänderten deutschlandweiten Ergebnisse auf die bisherigen Regionalrechnungen erwartet hatte, dürfte enttäuscht sein. Nach Kenntnisnahme der vom Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der statistischen Landesämter vorgelegten Angaben stehen die neuen Bundesländer nicht nur besser bei der Produktion da als davor berechnet. Das Bruttoinlandsprodukt ist auch von 2002 bis 2004 stärker gewachsen als im Westen, und die spätestens seit 1998 beobachtete Stockung im Aufholprozeß bei der Pro-Kopf-Produktion wurde – zumindest vorübergehend – überwunden. Diese Aussage verdient Aufmerksamkeit. Wo liegen die entscheidenden Änderungen in der Statistik und wie sind sie zu bewerten?

Mehr Wertschöpfung im Baugewerbe

Die Anhebung der Höhe des Bruttoinlandsprodukts läßt sich am ehesten aus dem Vergleich mit den früheren Werten zu jeweiligen Preisen erschließen. Bei den realen Größen macht der Übergang zu einem völlig neuen Konzept zur Ausschaltung der Preisänderungen den Vergleich wenig sinnvoll, zumal die Niveaugrößen jetzt offiziell als Kettenindizes und nicht als Absolutwerte in Milliarden Euro veröffentlicht werden.

Konzeptbedingt hat sich der Nachweis des Bruttoinlandsprodukts erhöht, weil die Inanspruchnahme von Bankdienstleistungen nicht mehr glo-

bal als gesamtwirtschaftliche Vorleistung verbucht wird, sondern auf alle Verbraucher, also auch die privaten Haushalte, den Staat und das Ausland aufgeteilt wird.¹⁹ Das führt sowohl auf der Entstehungs- als auch auf der Verwendungsseite des Bruttoinlandsprodukts zu einem höheren Wert. Für die einzelnen Wirtschaftsbereiche bedeutet dies jedoch eine Schmälerung der Wertschöpfung, da die Einbeziehung der in Anspruch genommenen Bankdienstleistungen – für sich genommen – deren Vorleistungsverbrauch erhöht. Von hier ist also eine Absenkung der sektoralen Wertschöpfung angelegt. Allerdings wurden auch neue Datenquellen erschlossen und die Berechnungsmethoden präzisiert, so daß selbst die Richtung nicht von vornherein klar ist, in der die neuen Werte von den alten abweichen.

Während die Berechnungen für das Verarbeitende Gewerbe sowohl für Deutschland insgesamt als auch für die neuen Bundesländer keine grundsätzlich neuen Einblicke in die Wertschöpfung vermitteln, ist deren überproportionale Anhebung für das ostdeutsche Baugewerbe ab dem Jahr 2001 bemerkenswert (vgl. Tabelle 1). Deutschlandweit wurde laut Erläuterung der Bundesstatistiker „der Zuschlag für Eigenleistungen (einschließlich unbezahlter Nachbarschaftshilfe und Schwarzarbeit) angehoben.“²⁰ Für sich genommen hätte man von dieser Korrektur über alle Jahre hinweg eine überproportionale Erhöhung der Angaben für die neuen Bundesländer erwarten können, weil die Nachbarschaftshilfe – entwicklungsbedingt – eine größere Rolle spielt als im Westen. Der Niveausprung wird jedoch erst ab 2002 deutlich, so daß der Grund wohl eher bei der bisherigen Unterschätzung des Ausmaßes der Bauaktivitäten zur Beseitigung der Flutschäden zu suchen ist. Für das produzierende Gewerbe ergibt sich dann insgesamt eine höhere Wertschöpfung als vor der Revision, auch wenn im Bereich des Bergbaus sowie der Energie- und

¹⁸ Vgl. BRAAKMANN, A. u. a.: Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 2005 für den Zeitraum 1991 bis 2004, in: *Wirtschaft und Statistik* 5/2005, S. 425 ff.

¹⁹ Auch die Bankdienstleistungen werden anders als bisher berechnet. An die Stelle der Zinsmarge als Kernstück für deren Produktionswert, das heißt der Differenz zwischen Soll- und Habenzinsen, ist eine indirekte Messung des Dienstleistungsentgelts (FISIM) getreten.

²⁰ BRAAKMANN, A. u. a.: Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 2005 für den Zeitraum 1991 bis 2004, a. a. O., S. 439.

Tabelle 1:

Bruttowertschöpfung ausgewählter Wirtschaftsbereiche in jeweiligen Preisen vor und nach der Revision der VGR für die neuen Bundesländer (ohne Berlin) und für Deutschland

- Rechenstand vor Revision = 100 -

	Alle Wirtschaftsbereiche		darunter							
			Baugewerbe		Gastgewerbe		Verkehr		Kredit- und Versicherungsgewerbe	
	NBL	D	NBL	D	NBL	D	NBL	D	NBL	D
1991	99,8	98,5	102,7	99,3	99,4	98,3	100,3	98,8	53,2	88,4
1992	98,5	98,3	99,3	99,3	104,0	96,6	133,2	98,3	73,8	84,7
1993	98,1	98,6	99,1	99,1	105,8	100,8	124,4	98,8	82,8	89,1
1994	98,9	98,7	98,8	98,8	110,4	104,4	122,5	98,8	83,7	88,8
1995	100,3	98,9	99,0	99,1	115,6	107,3	132,8	97,3	84,5	90,4
1996	100,0	98,6	98,3	98,4	126,0	109,3	132,7	97,0	89,3	95,4
1997	99,9	98,6	98,7	98,7	122,6	112,0	125,2	95,2	88,4	94,4
1998	99,8	98,2	98,4	98,5	133,9	116,0	120,9	95,3	86,4	91,8
1999	99,6	98,2	98,3	98,3	141,7	120,4	109,2	90,9	96,3	105,1
2000	100,2	98,5	98,6	98,6	155,3	129,1	105,0	91,4	87,9	94,9
2001	101,6	99,0	101,2	98,5	159,8	130,3	99,9	90,0	98,2	107,2
2002	102,1	98,7	107,4	99,1	162,4	132,0	97,5	91,0	99,4	110,3
2003	102,2	98,5	110,2	100,5	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.
2004	102,9	98,6	111,6	101,6	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder; Berechnungen des IWH

Wasserversorgung tendenziell eine Verminderung angezeigt wird.

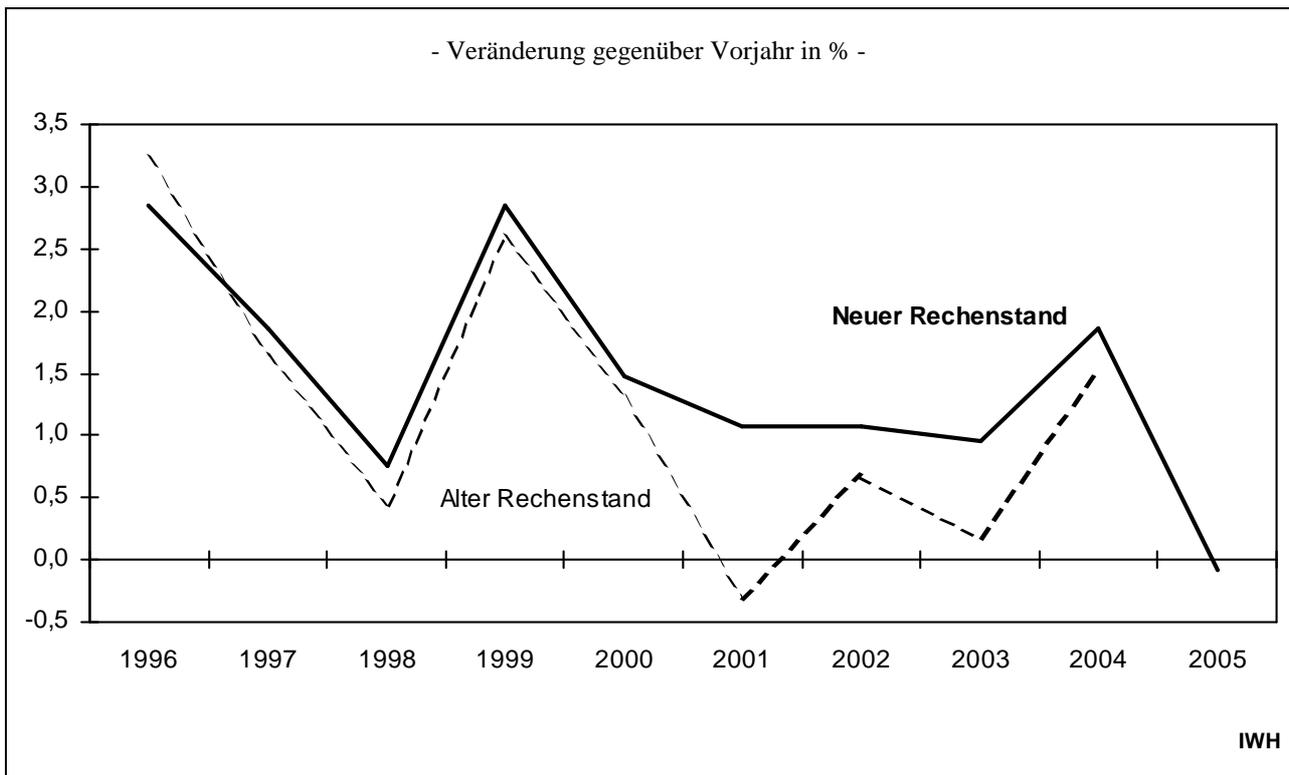
Weniger Wertschöpfung bei Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen

Im Rahmen der Revision 2005 wurde zur Berechnung der sektoralen Bruttowertschöpfung erstmalig auf Informationen aus der neuen Dienstleistungsstatistik für den Wirtschaftsbereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung sowie für die unternehmensnahen Dienstleistungen zurückgegriffen. Dies führte zu einem deutlich höheren Nachweis der Wertschöpfung im Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung bis zum Jahr 2000. Danach

fiel die Absenkung deutlich geringer als im bundesweiten Durchschnitt aus. Im Gastgewerbe ist über den ganzen Zeitraum das Niveau der Wertschöpfung kräftig angehoben worden, und zwar stärker als in Deutschland insgesamt. Der Hauptgrund liegt in der bisherigen Untererfassung der Produktion. Eine Rolle spielte aber auch die Änderung der Berechnungsmethodik.²¹ Die Regionalisierung der Wertschöpfung erfolgt nicht mehr anhand

²¹ Vgl. THÜRINGER LANDESAMT FÜR STATISTIK: Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 2005, Pressemitteilung vom 17. Februar 2006.

Abbildung 1:
Reales Bruttoinlandsprodukt in Ostdeutschland (ohne Berlin) vor und nach der Revision der VGR



Quellen: Arbeitskreis "VGR der Länder"; Berechnungen des IWH.

der Umsätze, sondern der Arbeits- und der Unternehmenseinkommen.

Im Bereich Wohnungsvermietung wird jetzt eine geringere Wertschöpfung ausgewiesen, weil genauere Informationen über den Wohnungsleerstand vorliegen. Die Zahl der leer stehenden Wohnungen, für die keine Miete gezahlt wurde, war größer als bis dahin angenommen. Die Schätzung der Mieteinnahmen wurde nach unten korrigiert. Gleichzeitig erhöhten sich die Vorleistungen, allein schon, weil die Inanspruchnahme von Bankdienstleistungen jetzt sektoral verbucht wird. Allerdings fiel die Revision für die neuen Bundesländer ab dem Jahr 2000 weitaus geringer aus als im Durchschnitt für Deutschland. Im Bereich des Kredit- und Versicherungsgewerbes ergab die Revision für die neuen Bundesländer nicht nur niedrigere Werte als zuvor, sondern auch eine überproportionale Absenkung gegenüber den auch für Deutschland bis 1998 niedrigeren Werten. Für die Jahre nach 2000 wurden die Angaben zur Wertschöpfung der Finanzdienstleister in Deutschland dagegen angehoben. Banken und Versicherungen haben damit weniger am Umbau der ostdeutschen

Wirtschaft verdient als in den bisherigen Berechnungsergebnissen zum Ausdruck kam.

Stärkeres Produktionswachstum zwischen 2001 und 2004

Summa summarum war die Wertschöpfung in den neuen Bundesländern für alle Wirtschaftsbereiche zusammengenommen seit dem Jahr 2000 größer als bislang ausgewiesen. Für Deutschland insgesamt wurde sie hingegen abgesenkt. Diese Konstellation spiegelt sich auch in den realen Größen und den darauf beruhenden Veränderungsdaten wider. Das Bruttoinlandsprodukt ist in den neuen Bundesländern von 2001 bis 2004 kräftiger als zuvor berechnet gestiegen (vgl. Abbildung 1). Dabei hat seit dem Jahr 2002 die Beseitigung der Flutschäden die Bautätigkeit drei Jahre lang stärker gestützt als bislang angenommen. Die Sonderentwicklung lief 2004 im Großen und Ganzen aus, und im vergangenen Jahr kam es wegen der fehlenden Nachfrage zu einem derben Produktionseinbruch. Die strukturelle Anpassung des immer noch verhältnismäßig großen Bausektors war hinausgezögert worden, und sie verschaffte sich 2005

Tabelle 2:

Wachstumsbeiträge der Wirtschaftsbereiche in Ostdeutschland (ohne Berlin) zur Wertschöpfung
- in Prozentpunkten zum prozentualen Zuwachs der unbereinigten realen Bruttowertschöpfung -

	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	-0,2	0,2	-0,2	0,0	0,5	-0,1
Produzierendes Gewerbe	0,4	-0,7	-0,1	0,9	1,4	0,3
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	-0,2	-0,2	0,0	0,0	0,0	0,0
Verarbeitendes Gewerbe	1,8	0,6	0,4	1,0	1,5	1,1
Energie- und Wasserversorgung	0,1	0,1	-0,1	0,1	0,1	0,0
Baugewerbe	-1,3	-1,2	-0,4	-0,2	-0,2	-0,6
Dienstleistungsbereiche	1,7	1,8	1,7	0,3	0,5	-0,1
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	0,4	0,5	0,5	-0,1	0,3	0,2
Handel; Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern	0,3	0,3	0,2	0,0	0,2	0,1
Gastgewerbe	0,1	0,0	-0,1	0,0	0,0	0,0
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	0,1	0,1	0,4	-0,2	0,1	0,1
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen	0,9	1,5	1,1	0,5	0,5	0,2
Kredit- und Versicherungsgewerbe	0,0	-0,1	0,1	-0,1	0,0	0,1
Grundstückswesen, Vermietung, DL für Unternehmen	1,0	1,7	1,0	0,7	0,5	0,2
Öffentliche und private Dienstleister	0,3	-0,2	0,1	-0,1	-0,2	-0,5
Alle Wirtschaftsbereiche	1,9	1,3	1,4	1,1	2,4	0,1

Quellen: Arbeitskreis "VGR der Länder"; Berechnungen des IWH.

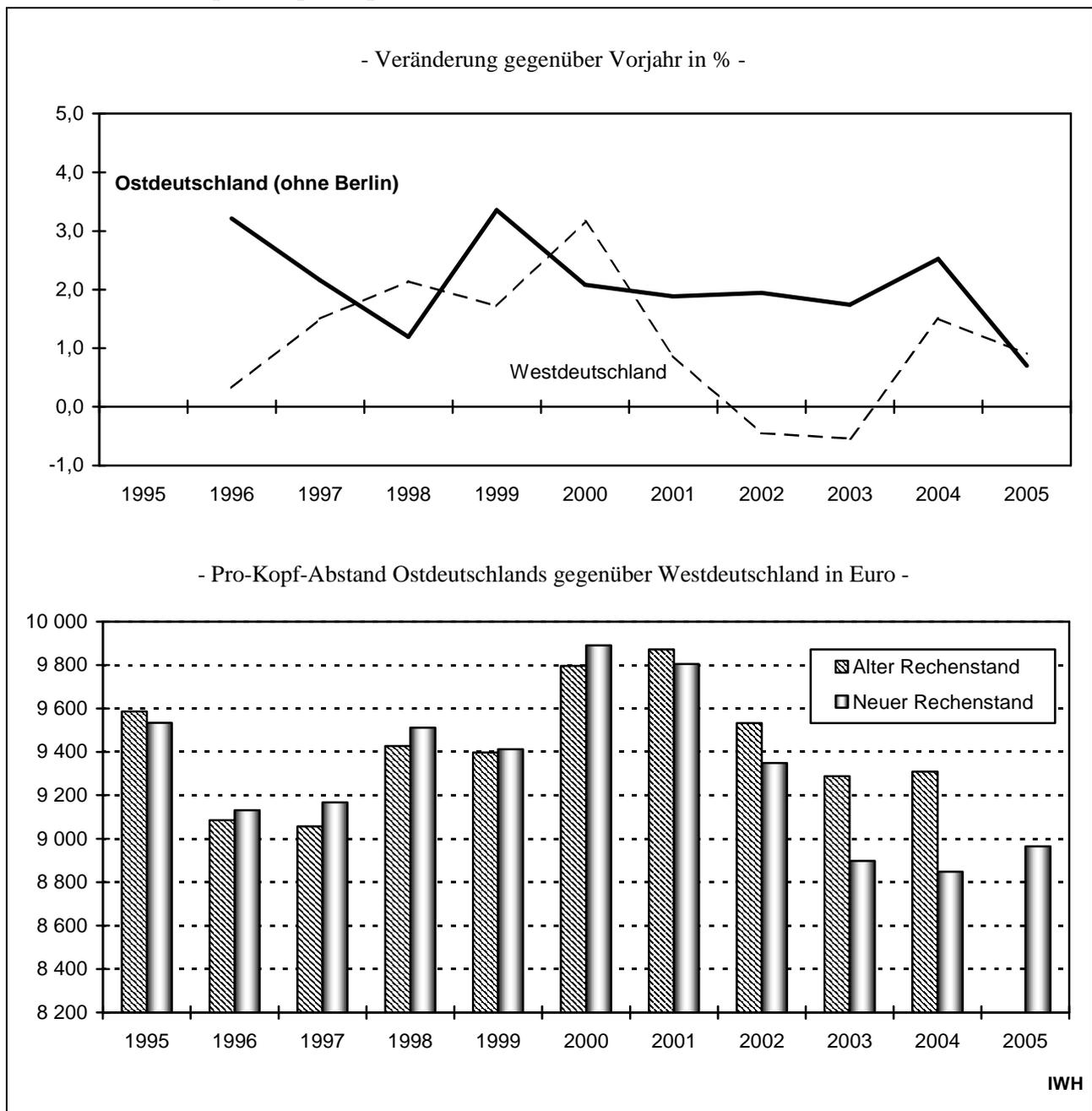
umso stärker Geltung. Vom Baugewerbe ging damit wieder eine ausgeprägte Bremswirkung auf die gesamtwirtschaftliche Produktion aus. In den drei Jahren davor hatte sie sich deutlich vermindert und damit den Auftriebskräften in der Gesamtwirtschaft stärker zum Durchbruch verholfen (vgl. Tabelle 2).

In den neuen Bundesländern hat sich das Bruttoinlandsprodukt zwischen 2002 und 2004 nicht nur stärker erhöht als vor der Revision der Daten bekannt war. Der Zuwachs war auch prozentual kräftiger als in den alten Bundesländern (vgl. Abbildung 2). In der konjunkturellen Schwächephase Deutschlands hat sich damit die Produktion in den neuen Bundesländern robuster erwiesen als in den alten. Vor allem die Sonderentwicklung im ostdeutschen Baugewerbe dürfte die Konjunkturree-

gibilität in anderen Wirtschaftsbereichen überlagert haben.

Schließlich wirkt sich der Nachweis eines höheren Produktionsanstiegs in den neuen Bundesländern auch auf die Höhe des Abstands in der Pro-Kopf-Produktion zwischen Ost und West aus. Nach den revidierten Angaben hat sich der Rückstand der neuen Länder in den Jahren 2002 bis 2004 deutlich verringert, nachdem sich die Schere in den Jahren 1998 und 2000 wieder weit geöffnet hatte (vgl. Abbildung 2 unten). Im Jahr 2004 entfielen im Durchschnitt auf einen Einwohner real rund 18 285 Euro Produktion; das waren 8 849 Euro weniger als in den alten Bundesländern. Dies entsprach rund zwei Drittel des Westniveaus. Zur Verkürzung des Abstandes hat auch der Bevölkerungsrückgang beigetragen. Entscheidend war je-

Abbildung 2:
Reales Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in Ost- und Westdeutschland



Quellen: Arbeitskreis "VGR der Länder"; Berechnungen des IWH.

doch der Produktionszuwachs, der von einer Erwerbsbevölkerung erwirtschaftet wurde, die unter dem Einfluß geburtenschwacher Jahrgänge und zunehmender Abwanderung gesunken ist.

Die neuen Angaben zu den regionalen Größen des Bruttoinlandsprodukts sind gerade für die jüngsten Jahre noch nicht „das letzte Wort“ der amtlichen Statistik. Es bleibt zu hoffen, daß die später anfallenden Ergebnisse der Originärberechnung kei-

nen Anlaß geben werden, das Produktions- und Wachstumsbild für die neuen Bundesländer erneut einer grundlegenden Revision unterwerfen zu müssen.

Udo.Ludwig@iwh-halle.de